

# Kapitel 10

---

## 10. Nachwort zum Ende der PRI-Hegemonie

Seit Mitte 1998, dem Ende meiner Feldforschung in Mexiko, und dem Ende 2000 sind 1 ½ Jahre vergangen, in denen es abermals bedeutende Veränderungen im politischen Leben Mexikos gegeben hat, die ein Nachwort rechtfertigen. Die nachfolgenden Seiten nehmen die bedeutendsten Ereignisse in chronologischer Reihenfolgen unter die Lupe. Der Blickwinkel der Betrachtung dabei ist: Welche Veränderungen sind hinreichend tiefgehend und struktureller Natur und von daher geeignet die Demokratie in Mexiko voranzutreiben? Die Leitfragen bleiben die in Kapitel 1 ausgeführten. Ausgehend von der Legitimationskrise: Welche Entwicklungen sind geeignet die Legitimität des politischen Systems wieder herzustellen oder im Gegenteil zu zerstören? Und was bedeuten diese Veränderungen für die Natur des politischen Systems?

An erster Stelle seien eine Reihe von Verfassungs- und Gesetzesreformen genannt, die noch im *sexenio* von Präsident Zedillo (1994-2000) ins Werk gesetzt wurden und die tiefgreifende, strukturelle Veränderungen im Verhältnis der Staatsgewalten bedeuten (werden): erstens eine Justiz(verwaltungs)reform, die das Gleichgewicht zwischen den drei horizontalen Ebenen der Staatsgewalt - via Stärkung der Judikative - in Aussicht rückt; sodann eine Reform des Föderalismus via Länderfinanzausgleich, der ein Gleichgewicht zwischen den drei vertikalen Ebenen der Staatlichkeit (national, regional, lokal) näher bringt.

An zweiter Stelle sei das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen vom 2. Juli 2000 genannt, das natürlich wegen seines historisch einmaligen Ergebnisses zu allererst ins Auge fällt: Nach 71 Jahren Einheitspartei und PRI-Regime gelang es der 60-Jahre-alten Oppositionspartei des bürgerlich-konservativen Lagers, der PAN, das höchste Amt im Staat mit einem der Ihren zu besetzen, während die erst 10-Jahre-alte Partei des Mitte-Links-Spektrums, die PRD, sich mit einem bescheidenen dritten Platz - hinter der PRI, die an zweiter Stelle stand - begnügen mußte. Der erste PAN-Präsident Vicente Fox hat sein Amt am 1. Dezember 2000 angetreten.

An dritter Stelle stehen Überlegungen zur rechtsstaatlichen Praxis in Jalisco als einem seit 1995 PAN-regierten Bundesstaat.

An letzter Stelle steht das Municipio Sayula, wo am 12. November 2000 Stadtratswahlen stattgefunden haben, aus denen die PRI - nach 6 Jahren bzw. 2 Legislaturperioden Abwesenheit im Rathaus - als siegreiche Partei hervorgegangen ist. Gibt es extralokale Ursachen, Erklärungsmuster und Kausalketten auf der regionalen und nationalen Ebene des politischen Systems, die diesen lokalen PRI-Sieg erklären können? In welchem Verhältnis stehen die lokalen Befunde bezüglich der Legitimität zu den Befunden auf der nationalen und regionalen Ebene?

## 10.1 Justizreform

### 10.1.1 Eine Anekdote von symbolischer Bedeutung

*“Beim letzten Rechenschaftsbericht des scheidenden Präsidenten Zedillo<sup>1</sup> am 2.9.2000 gelang es den Vertretern der Judikative zum ersten Mal sich durchzusetzen und zwischen Legislative und Exekutive Platz zu nehmen”* (Proceso 17.9.2000).

Die Richter des Obersten Verfassungsgerichts der Nation (Suprema Corte de Justicia de la Nación, SCJN) waren in der Vergangenheit stets als “besondere Gäste” zu diesem Staatsakt geladen worden. Dieses Mal sagten sie “basta” und weigerten sich, die für Staatssekretäre vorgesehenen Plätze<sup>2</sup> in der zweiten Reihe des parlamentarischen Halbkreises einzunehmen und beschlossen unter diesen Bedingungen dem Staatsakt kollektiv aus Protest fernzubleiben. Den zehn Bundesverfassungsrichtern wurde ein Angebot zur Güte unterbreitet: Sie sollten in der ersten Reihe sitzen dürfen, mittendrin zwischen den Ministern des Regierungskabinetts. Sie blieben bei ihrer Weigerung: *“Wir Richter sind Mitglieder einer der drei Staatsgewalten, der Judikative. Wir können nicht neben den Staatssekretären sitzen, denn diese arbeiten für den Staatspräsidenten. Wir aber sind ein unabhängiges und autonomes Staatsorgan.”* Schließlich erfuhren die Hüter der Verfassung Genugtuung: Als Spitze der Judikative durften sie ihre Plätze Seite an Seite und auf gleicher Höhe mit den jeweiligen Spitzen der Exekutive und Legislative einnehmen.

---

<sup>1</sup> Die Vertreter der Exekutive liefern alljährlich einen öffentlichen Rechenschaftsbericht, in dem sie Rückblick halten. Der 6. Rechenschaftsbericht des Präsidenten Zedillo (*informe presidencial*) war gleichzeitig der Versuch eine Bilanz von 6 Jahren Regierung des letzten PRI-Präsidenten zu ziehen.

<sup>2</sup> Nur der Präsident des Bundesverfassungsgerichts genoß schon immer das Privileg Seite an Seite mit dem Staatspräsidenten und dem Parlamentspräsidenten das Präsidium zu teilen.

Diese einfache szenographische Bewegung war für die Gralhüter das Symbol der Unabhängigkeit und Gleichberechtigung zwischen den drei Staatsgewalten: “... *ein großer Schritt von transzendentaler Bedeutung mit dem die Vertreter des höchsten Gerichts der Republik ihre Autorität gegenüber der Exekutive und der Legislative unter Beweis gestellt haben.*”, bestätigt der Präsident des Obersten Gerichts, Genaro David Góngora Pimentel.

Der Präsident des Obersten Gerichts hatte gleich zu Beginn seiner Amtszeit Anfang 1999 durch einen anderen symbolischen Akt Aufsehen erregt (Proceso 10.1.99): mit dem Fuchsschwanz in der Hand sägten drei Tage lang ein Dutzend Schreiner an der Bestuhlung des Sitzungssaals im Obersten Gericht. In der alten Besetzung mußten 26 Oberste Richter im Sitzungssaal untergebracht werden, die auf zwei Rängen Platz nahmen, wobei der Präsident des Verfassungsgerichts natürlich im oberen Rang saß. Nach der von Präsident Zedillo eingeleiteten Justizverwaltungsreform wurde die Zahl der Obersten Richter auf 11 reduziert. Präsident Góngora Pimentel wollte nun den optischen Eindruck der Dominanz seiner Position über die seiner Kollegen, den die Bestuhlung erweckte, aufheben, und ließ die Schreiner solange am Gestühl des ehrwürdigen Gerichts hämmern und zimmern, bis die 11 Sitze der Richter auf einer Ebene im Halbrund angeordnet waren.

Schon vor seiner Ernennung zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, nämlich Ende 1997, hatte Góngora Pimentel mit der Arbeit an einem Projekt mit dem Titel “Hacia el sistema de impartición de justicia del siglo XXI” begonnen, dessen Ziele stichwortartig lauten: eine unabhängige Justiz soll Recht sprechen können; Ende der *impunidad* (Straflosigkeit); Professionalisierung der Justiz; Schaffung eines Rechtsstaats. Die dazu notwendigen Gesetzesänderungen und Verfassungsreformen haben seit 1994, angestoßen von Präsident Zedillo selbst, begonnen. Es folgt eine kurze Erläuterung der bereits erfolgten Justizverwaltungsreform.

#### 10.1.2 Justizverwaltungsreform unter Präsident Zedillo, 1994-2000

- 1994 löst Präsident Zedillo das alte Oberste Gericht mit 26 Vertretern auf und schafft ein neues mit 11 Obersten Richtern

- 1995 erhalten die Municipios die rechtliche Möglichkeit, eine Verfassungsklage (*controversia constitucional*) gegen übergeordnete staatliche Exekutivorgane (Bundesstaat, Nationalstaat, Präsident) anzustrengen<sup>3</sup>
- 1996 wird das Wahlgericht (Tribunal Electoral del Poder Judicial) als ein weiteres Justizorgan der Judikative untergeordnet
- 1998 erhalten die Obersten Verfassungsrichter das alleinige Recht die Mitglieder des Justizverwaltungsrats (Consejo de Judicatura Federal, CJF) zu bestimmen. Die Funktion dieses Rats besteht darin, die Verwaltung der Judikative und die Amtsführung der Justizbeamten zu kontrollieren<sup>4</sup>
- 1998 wird eine neue Abteilung der Justiz geschaffen, deren einzige Aufgabe darin besteht, die anhängigen Verfahren wegen "Nichtvollstreckung von Urteilen" (*inejecución de sentencia*) zu lösen<sup>5</sup>. Das Personal dieser neuen Justizabteilung ist in ständigem Kontakt mit den Behörden vor Ort, um ihnen Hilfestellung bei der Vollstreckung der Urteile zu geben. Für diejenigen Amtsträger oder Behörden, die sich trotz wiederholter Aufforderung durch die neue Justizabteilung weigern sollten die Urteile zu vollstrecken, werden in Zukunft verstärkt Sanktionen nach Art. 107, Abs. XVI angewandt (Amtsenthebung; Disziplinarstrafen)
- Im August 1999 nimmt der neue Justizverwaltungsrat (Consejo de Judicatura Federal, CJF) seine Arbeit auf. Innerhalb von einem Jahr werden dezentral 62 neue Justizorgane dieser Art geschaffen. Die Zahl der Justizbeamten steigt von 17 000 auf 20 000, es gibt Kollegialgerichte im ganzen Land.

---

<sup>3</sup> Diese Initiative geht zurück auf Erfahrungen, die Zedillo 1994 während seiner Wahlkampagne als Präsidentschaftskandidat gesammelt hat und auf ein Urteil des Obersten Gerichts von 1993, das die Municipios als territoriale Organe der Staatlichkeit auf eine Stufe mit den Regierungen des Bundesstaaten (regionale Exekutive), den regionalen Parlamenten (regionale Legislative) und den Gerichten der Bundesstaaten (regionale Judikative) stellte.

<sup>4</sup> In der ursprünglichen Version der Reform von 1995 waren in diesem Organ auch Vertreter der Exekutive und der Legislative vertreten, was zu beständigen Konflikten zwischen den Vertretern der jeweiligen Staatsgewalten geführt hatte.

<sup>5</sup> Ein großes Problem der mexikanischen Rechtsprechung besteht darin, daß rechtskräftige Urteile nicht von den zuständigen Behörden vollstreckt werden. Diese Fälle haben einen großen Anteil am Drama der *impunidad*. Die Arbeitsgruppe um Verfassungsgerichtspräsident Góngora Pimentel hat bei ihrer Anhörung von Einzelfällen im ganzen Land feststellen können, daß die zuständigen Behörden zwar gerne das Urteil vollstrecken würden, aber nicht wissen wie sie das bewerkstelligen sollen. Im Zeitraum 1998-99 bekam das Oberste Gericht 1400 Akten zu anhängigen Verfahren wegen Nichtvollstreckung von Urteilen vorgelegt.

### 10.1.3 Rechtssprechung 1998-2000

Das Oberste Gericht konnte die Autorität der Richter auf Ebene der Bundesstaaten und des Nationalstaates stärken. In mindestens 20 Fällen konnte das höchste Gericht die ungerechtfertigte Amtsenthebung von Richtern rückgängig machen, die regionalen Regierungen und Parlamente ausgesprochen hatten. *“Die Richter sind weder Angestellte der regionalen Exekutiven noch der regionalen Parlamente. Sie sind Mitglieder der Judikative und können nicht aufgrund einer Laune der Regierenden ihres Amtes enthoben werden. Diese Probleme entstehen aufgrund von Löchern in der Gesetzgebung der Staaten, die solche willkürlichen Methoden der Entfernung aus dem Amt erlauben”*, erklärt Góngora Pimentel.

### 10.1.4 Legitimität der Justiz

Die Hauptsorge des neuen Präsidenten des Obersten Gerichts ist die Wiederherstellung der Legitimität der Justiz in Mexiko. *“Die allermeisten Mexikaner sind davon überzeugt, daß es in unserem Land weder Recht noch Gerechtigkeit gibt. Es gibt viele Beweise dafür, daß Mexiko kein Rechtsstaat ist. Dies hat das Justizsystem des Landes in den schlimmsten Mißkredit seiner Geschichte geführt. Das muß sich ändern”*

Die von Góngora Pimentel angestrebte Justizreform setzt sich kein geringes Ziel als das der Herstellung der Rechtsstaatlichkeit in Mexiko. Die Vorschläge in seinem Reformprojekt *“Hacia el sistema de impartición de justicia del siglo XXI”* gehen weit über die von Zedillo angestoßenen Justizverwaltungsreform hinaus. Bemerkenswert ist die vorgeschlagene Methode, mit der dieses Ziel erreicht werden soll: Die Obersten Richter haben sich verpflichtet regionale und nationale Foren im ganzen Land auszurichten, auf denen die Partizipation der Zivilgesellschaft eingefordert wird. Die eingebrachten Vorschläge zur Verbesserung der Rechtsprechung in Mexiko sollen gleichzeitig die Legitimität der Judikative wiederherstellen. Was ihre eigene Amtsführung angeht, so sind die Justizbeamten bereit sich einem Ethikcode zu unterwerfen. Damit wollen die Obersten Richter ein positives Beispiel für die noch zu schaffenden *“cultura del cumplimiento”*<sup>6</sup> geben. Auf dem langen Weg zum Rechtsstaat in

---

<sup>6</sup> So mancher Europäer hat sich in dem Urteil über die lateinamerikanische Kultur in dem Satz wiedergefunden: *“Es muy buena gente, pero no cumple.”* Gemeint ist damit: die Menschen sind herzlich, freundlich, hilfsbereit, großzügig mit ihrer Zeit. Aber wenn es darum geht eine Verabredung einzuhalten, ein Versprechen einzulösen, ein Wort in die Tat umzusetzen, dann kann man mit ihnen nicht rechnen. Zwischen deklarierter Absicht und den vollzogenen Taten klafft eine größere Lücke als dies dem Europäer aus seiner Kultur vertraut ist. Die *“cultura del cumplimiento”* (dt. etwa: Kultur des Vollzugs) wäre in der Tat eine *“Kulturrevolution”* nicht nur im Justizapparat.

Mexiko weiß sich die Judikative auf die Mitarbeit und wohlwollende Unterstützung der beiden anderen Staatsgewalten angewiesen, um angestrebte Gesetzesänderungen und Verfassungsreformen weiter voranzutreiben. Zwecks Erweiterung ihrer Autonomie strebt sie als nächstes das Gesetzesinitiativrecht der Judikative an.

### 10.1.5 Der Fall Fobaproa

Die neu gewonnene Autonomie und Autorität der Judikative in Gestalt des Obersten Gerichts der Nation hat ihre erste Feuerprobe schon bestanden: Am 24.8.2000 fällte das Gericht ein historisches Urteil im "Fall Fobaproa", wies den Staatspräsidenten in seine verfassungsmäßigen Schranken und schüttelte damit eine traditionelle Hörigkeit der Judikative von der nationalen Exekutive ab. Die Justiz nahm sich erstmals das Recht "Recht zu sprechen ohne Ansehen der Person". Der Fall Fobaproa im Einzelnen:

- Februar 1998: Präsident Zedillo schickt ein Paket von Reformmaßnahmen an den Kongreß der Union zur Abstimmung, worin auch die Klausel zu lesen war: " ... *die Exekutive wünscht, daß die Passiva aus der Rettungsaktion der Banken, dem Fobaproa<sup>7</sup>, als öffentliche Schulden anerkannt werden.*" Abgeordnete der PAN und der PRD entdeckten diesen bedeutungsvollen Absatz in den Unterlagen und verlangten vom Präsidenten Einsicht in die Akten über Fobaproa. Das Parlament ordnete eine Kassen- und Bücherprüfung (*auditoría*) an und beauftragte damit einen kanadischen Experten. Dieser scheiterte an der Weigerung der offiziellen Stellen die verlangten Daten und Informationen bereitzustellen.
- Juni 1999: Der ehemalige Vorsitzende des Bankenaufsichtsrats von Banco Unión (einer der Banken, die maßgeblich durch Fobaproa unterstützt worden waren) verkündete aus seinem "Exil", einem Gefängnis in Australien, daß er die Wahlkampagne der PRI-Kandidaten 1993/94 mit 25 Millionen US-Dollar unterstützt habe. Die Gelder seien auf ein Treuhandkonto zugunsten der PRI eingezahlt worden. Daraufhin verlangte der parlamentarische Untersuchungsausschuß "Regimen interno y concertación política" Informationen über den erwähnten Treuhandfond und wandte sich an verschiedene offizielle Stellen (Comisión Nacional Bancaria y de Valores, CNBV; Finanzministerium;

---

<sup>7</sup> Zur Erinnerung: Im Anschluß an die Pesokrise von Dezember 1994 erlebten fast alle nationalen Banken eine so schwere Krise - bedingt durch die exponentiell gestiegenen Passiva ihrer Kunden - , daß sie eigentlich ihren Bankrott hätten erklären müssen. Die Regierung startete eine Rettungsaktion für die maroden Banken und gründete zu diesem Zweck einen Sonderfond namens Fobaproa (Fondo de rescate bancario), in den 12. 500. 000. 000 Pesos bzw. 800 Millionen US-Dollar flossen.

Staatsministerium; Präsident Zedillo), die allesamt die Akteneinsicht mit Hinweis auf das Bankgeheimnis verweigerten.

- September 1999: Das Parlament erhebt Verfassungsklage gegen die Exekutive mit folgendem Argument: Mit der Informationsverweigerung verunmögliche die Exekutive, daß die Legislative ihren verfassungsmäßigen Auftrag der Überprüfung des Staatshaushalts ausführen könne.
- 24. August 2000: Das Oberste Gericht fällt sein Urteil zugunsten der Klägerin: Die Exekutive habe mit der Informationsverweigerung ihren Kompetenzbereich überschritten und somit die Legislative daran gehindert, ihren verfassungsmäßigen Auftrag, nämlich die Überwachung des Staatsbudgets, gerecht zu werden. Um zu diesem Urteil zu gelangen, bediente sich das Hohe Gericht derselben Jurisprudenz, genannt "tesis del engaño"<sup>8</sup>, wie im Juni 1996 bei dem Massaker von Aguas Blancas<sup>9</sup>. Das Gericht setzte dem Präsidenten eine Frist von 30 Tagen, um die angeforderten Informationen zugänglich zu machen. Noch am Tage der Urteilsverkündung, kaum zwei Stunden später, ließ Präsident Zedillo verkünden, er habe Anweisung gegeben die verlangte Information bereitzustellen. In einer Pressemitteilung erklärte das Staatsoberhaupt, daß er die republikanische Gewaltenteilung achte und prahlte sogar damit, daß er persönlich einen Teil der Veränderungen angestoßen habe, die es dem Obersten Gericht nun erlaubten als Schlichter im Konflikt der Staatsgewalten aufzutreten.

## 10.2 Reform des Föderalismus via Länderfinanzausgleich

Die Basis eines jeden Föderalismus ist die Verteilung der Steuermittel zwischen den drei Ebenen der Staatlichkeit (hier: Nationalstaat-Bundesstaat-Municipio). Trotz entsprechender Gesetze (Ley de coordinación fiscal, LCF) und Verfassungsartikeln (Art. 115, Abs.IV) haben in

---

<sup>8</sup> Engaño: dt. Lüge, Täuschung, Betrug. Die Urteilsbegründung lautet: " ... wenn die Vertreter des Staates ... Informationen so manipulieren ... , daß die Wahrheit entstellt wird, verletzen sie die Rechte des Individuums gemäß Art. 97 der Verfassung ... ,da in unser politisches Leben etwas Einzug hält, das wir die *cultura del engaño*, der Manipulation und der Verheimlichung nennen könnten, anstatt der Wahrheit die Stirn zu bieten."

<sup>9</sup> Damals hatte das Oberste Gericht die Regierung des Gouverneurs Rubén Figueroa (Guerrero) als lügnerisch bezeichnet, wegen der realitätsverzerrenden Darstellung der Ereignisse bezüglich des Massakers von Aguas Blancas. Im August 1995 war eine Gruppe von ca. 40 Campesinos (Männer, Frauen und Kinder) von einem Militärkommando erschossen worden. Die Regierung von Guerrero versuchte der Öffentlichkeit weißzumachen, daß die Soldaten von den Campesinos, die nichts anderes als Guerilleros gewesen seien, in einen Hinterhalt gelockt worden wären, so daß sie aus Notwehr gehandelt hätten. Ein Videoband mit Aufnahmen des Massakers wurde den Medien zugespielt. Dies lieferte den Beweis, daß die im Lkw reisenden Campesinofamilien unbewaffnet waren und von ihren Häschern regelrecht hingerichtet worden waren.

der Praxis der PRI-Herrschaft sowohl das Finanzministerium in Vertretung der nationalen Exekutive als auch die Regierungen der Bundesstaaten den Municipios die ihnen zustehenden Steuermittel verweigert oder wenn, dann nach willkürlichen Kriterien (d.h. in Abhängigkeit von den Interessen der PRI-Herrschaftsstrategie, siehe Kapitel 6.2.2.) zugestanden. Am Anfang dieser *“wahrhaften Korruption und Steuerbetrug”* gegen die städtischen Haushalte (Proceso 7.2.99) stand stets die mangelnde Transparenz und Durchsetzung der Rechenschaftspflicht: Kein Bundesstaat machte die Zahlen über die Steuermittel öffentlich, die jedem Municipio zustehen (obwohl das LCF dies vorschreibt), noch wachte das Finanzministerium über die Veröffentlichungspflicht. Laut offiziellen Zahlen sollen der Hälfte der Municipios in den Jahren 1994-1999 fast 26 Milliarden Pesos vorenthalten worden sein (Proceso 7.2.99).

Diese Probleme wurden im August 1998 im Parlament debattiert. Auf einem Folgetreffen im November 1998 verschaffte sich eine Art mexikanischer Städtetag (Asociación de Municipios de México, AMMC<sup>10</sup>) Gehör und verlangte die Beteiligung am Willensbildungsprozess mit Zielrichtung auf eine grundlegende Steuerreform, Transparenz und Informationszugang. Um ihrer Forderung Nachdruck zu verleihen, denkt die AMMC an eine Verfassungsklage.

Doch angesichts des Machtwechsels in *Los Pinos* melden sich nun auch die (aktuell 20) PRI-Gouverneure zum gleichen Thema zu Wort und fordern die *“Neugründung eines soliden Föderalpakts”* (Proceso 10.9.2000) und verlangen von der Regierung Fox: *“Der Bund soll seiner Pflicht nachkommen und uns mehr Finanzmittel zuteilen”*<sup>11</sup>.

Dies zeigt, daß spätestens seit dem Wahlsieg der PAN bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 2000, nun auch die PRI-Gouverneure vor ihrem Wahlvolk Rechenschaft ablegen müssen und nicht mehr vor dem Staatspräsidenten, der sie per *dedazo* ernannt hat. Wer seine Herrschaft legitimieren will, braucht “gute Ergebnisse” der Amtsführung, was ohne angemessene Finanzmittel schlechterdings möglich ist.

Eine weitere Neuerung in Fragen der Zuteilung von Bundesmitteln betrifft die Ressourcen von Ramo 33 (ehemals PRONASOL). In der vergangenen Legislaturperiode (1994-2000) wurden die jedem Bundesstaat zugeteilten Mittel je zur Hälfte an die Regierung des Bundesstaats und

---

<sup>10</sup> Mitglieder sind ca. 120 PAN-Bürgermeister und einige PRD-Bürgermeister.

<sup>11</sup> Ricardo Monreal, ein ex-PRIista, der seit 1998 für die PRD Gouverneur in Zacatecas ist, machte das Problem der fehlenden Bundesmittel für seinen Staat zum Politikum. Mehr als 20 Mal verlangte er Audienz bei Präsident Zedillo, erhielt aber nie eine Antwort. Zusammen mit 57 Bürgermeistern organisierte er einen Protestmarsch auf die Hauptstadt.

an die Municipios vergeben. Als Kriterium für die Mittelvergabe wurde neben der Marginalität (relative Armut) auch die Einwohnerzahl und die Größe der Kommune herangezogen mit dem Effekt, daß die wohlhabenderen, größeren Kommunen relativ gesehen mehr Gelder bekamen als die ärmeren, kleineren. Ab Januar 2001 soll die Zuteilung der Gelder von der Regierung des Bundesstaates und von SEDESOL (Zentralregierung) nach dem umgekehrten Kriterium erfolgen: Die ärmeren Municipios sollen fortan mehr Gelder zugeteilt bekommen (eine Aufstockung von bis zu 20%), allerdings zu Lasten der größeren Municipios (eine Reduzierung von 5-8%).

### 10.3 Die Präsidentschaftswahl 2000

Wie eingangs erwähnt hat sich die so lange herbeigesehnte *alternancia* nun auch im höchsten Amt des Staates vollzogen. Der PAN fiel die Ehre zu, als erste Oppositionspartei, das Ziel erreicht zu haben, das sich alle Kräfte außerhalb des PRI-Lagers ebenfalls gesteckt hatten: “*sacar al PRI de Los Pinos*” (die PRI aus dem Präsidentenpalast vertreiben).

#### 10.3.1 Ein wahldemokratischer Durchbruch

Am 2. August 2000 gab es gleich zwei Neuigkeiten in der Wahlgeschichte Mexikos: Nicht nur, daß der siegreiche PAN-Kandidat Vicente Fox bis zur offiziellen Amtsübernahme am 1. Dezember 2000 vorläufig zum “*presidente electo*” (gewählter Präsident) erklärt wurde, sondern auch *wer* diese Deklaration vornahm. Es war das Bundeswahlgericht (Tribunal Electoral del Poder Judicial de la Federación), ein Organ der Judikative, das das Wahlergebnis für gültig und somit den PAN-Kandidaten für gewählt erklärte. Die Entscheidung des Wahlgerichts wurde an das Parlament zwecks Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt (*Diario oficial*) weitergeleitet.

Damit wurde ein wahldemokratischer Durchbruch erreicht, der Schluß macht mit den nicht-enden wollenden postelektoralen Wahlkonflikten, die landesweit häufig zuletzt von der jeweiligen parlamentarischen Mehrheit, begleitet vom Druck der Straße, nicht selten einer Serie von Gewalttaten und Hinterzimmerverhandlungen (“*negociacionismo*”) entschieden wurden. Die letzte Instanz zur Schlichtung von eventuellen Wahlkonflikten und die offizielle Bestätigung des Wahlergebnisses hängt fortan von der Justiz ab, die nach prozedural

festgelegten, legalen Kriterien entscheidet<sup>12</sup>. Für die zwei Teilaspekte, aus denen grundsätzlich jede Wahl besteht, gibt es nun in Mexiko jeweils eine zuständige Institution: Für die Organisation der Wahlen ist seit 1994 das Bundeswahlinstitut IFE (Instituto Federal Electoral) zuständig; die kompetente Instanz für die Begutachtung des Wahlprozesses und des Wahlergebnisses sowie der Schlichtung von Wahlkonflikten ist seit der Wahlrechtsreform von 1996<sup>13</sup> das Bundeswahlgericht TEPJF (Tribunal Electoral del Poder Judicial de la Federación). Das von mir in Kapitel 6.1. erwähnte Übergangsphänomen des “Negociacionismo” dürfte damit zum Abstreben verurteilt sein. Im ganzen Land sorgt die Schaffung der neuen Institution der Wahlgerichte und der erweiterten Befugnisse der Justiz im Bereich der Wahlen dafür, daß Wahlprozesse nach rechtstaatlichen Grundsätzen entschieden werden und somit die notwendige Legitimitätsgrundlage für die Regierenden abgeben können. Ab sofort erfüllen Wahlen den Hauptzweck, für den sie in Demokratien gedacht sind, nämlich die Bestellung von Regierungspersonal. Die Bedingungen der Möglichkeit einer authentischen Demokratie in Mexiko sind also gegeben.

### 10.3.2 Chronologie eines unangekündigten Sieges

Um es gleich vorweg zu nehmen: Der Wahlsieg des PAN-Kandidaten Vicente Fox war so klar nicht vorherzusehen. Bis zu den letzten erlaubten Umfragen der Meinungsforschungsinstitute ca. 8 Wochen vor den Präsidentschaftswahlen am 2. Juli, deuteten die Ergebnisse auf ein hartes Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen dem PRI-Kandidaten Francisco Labastida Ochoa und dem PAN-Kandidaten Vicente Fox Quesada hin<sup>14</sup>. Damit ist - wie Trejo Delarbre (2000: 14) treffend bemerkt - “... *die Ungewißheit* [über den Wahlausgang, S.H.] *ein fester Bestandteil der*

---

<sup>12</sup> Silvia Gómez Tagle, Politologin am Colegio de México, kann daher zufrieden feststellen: “Auf diese Art und Weise wird den beständigen Wahlkonflikten, die jahrelang mein Forschungsobjekt waren, ein Ende gesetzt. Jetzt sehe ich mit Befriedigung, daß ich mich nicht getäuscht habe: die Wahlreformen haben die Voraussetzung für wichtige Veränderungen in der Entwicklung der politischen Kräfte geschaffen, aber ich mußte mehr als zwei Jahrzehnte darauf warten bis ich tatsächlich das Wahlverhalten der Bürger untersuchen und das Problem der Begutachtung von Wahlen den zuständigen Staatsorganen überlassen konnte” (Proceso 4.8.2000).

<sup>13</sup> Die Wahlrechtsreform von 1996 schließt noch einen weiteren wichtigen Aspekt ein: laut Art. 105, Abs. II kann das Oberste Verfassungsgericht der Nation aus eigener Initiative dort intervenieren, wo eine lokale/regionale Wahlgesetzgebung noch nicht verfassungskonform ist. Dies bedeutet einen eingebauten Beschleunigungsfaktor im Prozeß der landesweiten Demokratisierung von Wahlen und ist von daher geeignet die “Geographie der PRI-Herrschaft” (siehe Kapitel 6.2.2.) zu verändern. Das Initiativrecht des Obersten Verfassungsgerichts ist insbesondere für “rückständige” Staaten wie Chiapas, Guerrero, Oaxaca, u.a. von größter Bedeutung.

<sup>14</sup> Wahlabsichten gemäß Umfragen im März-April 2000: für Labastida (PRI) 37-39%; für Fox (PAN) 32-35%; für Cárdenas (PRD) 11-15% (Trejo Delarbre 2000: 14).

*Demokratie*“ auch in Mexiko geworden und stellt eine historische Errungenschaft auf dem Gebiet der Wahldemokratie dar.

Der Wahlkampf für die “Entscheidungsschlacht 2000” war selbst für mexikanische Verhältnisse ungewöhnlich lange<sup>15</sup>, kostspielig und hochgradig mediatisiert. Im Folgenden will ich zunächst auf den Verlauf des Wahlkampfes eingehen und die Rolle der einzelnen Parteien darin. Hier lassen sich vielleicht Ursachen ausmachen und Erklärungen dafür finden, warum der Wechsel im Amt des Staatspräsidenten gelang, warum ausgerechnet die PAN den Sieg davontrug und wie die Niederlage der PRD zu erklären ist.

### 10.3.3 Der Präsidentschaftswahlkampf 1999/2000

Mehr als ein Jahr vor den Wahlen, im März 1999, löste ein Vorschlag von Cuauhtémoc Cárdenas (PRD) auf dem “Foro de Reflexión para el 2000” heftige Debatten aus: Die Oppositionsparteien sollten mittels Vorwahlen (*elecciones primarias*) einen gemeinsamen Kandidaten bestimmen und auf eine große Koalition hinarbeiten, um das historische Ziel, das Ende der PRI-Alleinherrschaft in Los Pinos, zu erreichen (Proceso 7.3.99). Die Legislativwahlen von 1997 hatten gezeigt, daß es eine knappe Mehrheit für die Opposition gab und ein Sieg über die PRI nicht leicht sein würde. Außerdem war anlässlich der Gouverneurswahlen in Zacatecas von Juli 1998 deutlich geworden, daß die PRI-Strukturen immer noch intakt waren und hohe Regierungsfunktionäre<sup>16</sup> sich nicht zu schade waren, in regionale Wahlen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einzugreifen, um einen PRD-Sieg zu verhindern<sup>17</sup> (Proceso 7.3.99). Die Möglichkeit einer gemeinsamen

---

<sup>15</sup> Der Wahlkampf wird offiziell im Januar eingeläutet, wenn das Bundeswahlamt IFE die Präsidentschaftskandidaten registriert. Er hatte jedoch für die einzelnen Kandidaten mit ihrer Wahl durch die jeweilige Parteibasis begonnen: für Labstida im Juni 1999; für Fox eigentlich schon Mitte 1998; für Cárdenas Mitte 1999.

<sup>16</sup> In die Wahlbetrugsaffäre in Zacatecas waren u.a. verwickelt: der damalige Staatssekretar und spätere PRI-Präsidentschaftskandidat Francisco Labastida, der damalige PRI-Gouverneur von Zacatecas und der nationale Parteivorsitzende der PRI, Mariano Palacios.

<sup>17</sup> Zu den PRI-Taktiken *vor* der Wahl gehörte die traditionelle Methode “Zuckerbrot und Peitsche”: Labastida bot dem PRD-Gouverneurskandidat Monreal (einem PRI-Dissidenten) einen Posten als Konsul in Miami/Florida, USA an. Als dieser ablehnte, wurde er beschuldigt in illegale Geschäfte verwickelt zu sein. Dann wurde der Wahlbetrug ins Werk gesetzt: In einem Dokument mit dem Titel MURO 98 vom 25.6.98 - 10 Tage vor den Wahlen in Zacatecas - waren detaillierte Anweisungen darüber enthalten, wie der Wahlbetrug zugunsten der PRI zu organisieren sei. Im Schlußteil hieß es sogar, daß der “siegreiche” PRI-Kandidat in den 22-Uhr-Nachrichten im Fernsehen auftreten solle, um das “offizielle” Ergebnis bekannt zu geben. Doch es sollte anders kommen. Ein Unbekannter spielte der PRD am Wahlabend um 21 Uhr Tonbandmitschnitte von Telefongesprächen zwischen PRI-Verantwortlichen zu, die Beweismittel für den Wahlbetrug waren. Der nationale PRD-Vorsitzende López Obrador rief um 21 Uhr 20 im Präsidentenpalast an und teilte dem persönlichen Sekretär von Präsident Zedillo mit, daß er Beweise für den Wahlbetrug in Zacatecas habe und drohte mit der Veröffentlichung, wenn die Wahlfälschung nicht rückgängig gemacht werde. In einer ersten Reaktion versucht der Sekretär die Erpressung umzukehren mit Hinweis auf die Illegalität von Telefonabhörungen. Dann bat er den PRD-Vorsitzenden um

Oppositionskandidatur nach dem chilenischen Modell der demokratischen Transition wurde breit und heftig diskutiert. Eine Verhandlungskommission von PRD und PAN arbeitete im Hintergrund an Detailfragen einer solchen Allianz. Ausländische Experten äußerten sich skeptisch zu den verfassungsmäßigen und historisch-kulturellen Vorbedingungen einer großen Koalition in Mexiko.

Die Phase des Wahlkampfes 1999/2000 macht eines deutlich: das politische System Mexikos ist eine Parteiendemokratie geworden. Die politischen Parteien hatten im Laufe der 90er Jahre immer mehr an Bedeutung gewonnen und ihre Rolle als Transmissionsriemen zwischen Staat und Gesellschaft gelernt auszufüllen. Aus dem Einparteiensystem war ein Mehrparteiensystem geworden. In der Phase der demokratischen Konsolidierung spielt die demokratische Verfaßtheit aller Organe des öffentlichen Lebens eine besondere Rolle. Für die Parteien heißt dies, daß ihr demokratisch geregeltes Innenleben für sie selbst aber auch für das politische System als Ganzes einen zentralen Platz einnimmt. Die Mißachtung dieses Gebots der Stunde sollte der PRD zum Stolperstein werden.

#### 10.3.4 Der PAN-Wahlsieg<sup>18</sup>

Bei der parteiinternen Wahl zur Bestimmung des PAN-Präsidentschaftskandidaten am 12.9.99 gab es einen einzigen Aspiranten für das höchste Amt im Staat: Vicente Fox<sup>19</sup>. Von den anfänglich sechs potentiellen Kandidaten hatten sich alle übrigen bis Ende 1998 zurückgezogen. Auslöser dafür war das schlechte Wahlergebnis der PAN bei den

---

Geduld bis zu den 22-Uhr-Nachrichten im Kanal Televisa. Und tatsächlich: der Nachrichtensprecher verkündete den PRD-Sieg in Zacatecas. Der damalige nationale PRD-Vorsitzende, Andrés Manuel López Obrador, kam aufgrund dieser Vorfälle zu dem Schluß, daß Präsident Zedillo "von Los Pinos aus gegen die Demokratie konspiriert".

<sup>18</sup> Zur Erinnerung die kleine Geschichte der PAN: gegründet 1939 mit einem Mitte-Rechts-Profil, erzielte sie bis 1986 nur bescheidene Wahlergebnisse. Ab 1986 erste kommunale Wahlsiege. Faßt zunächst Fuß in der städtischen Mittelschicht, wandelt sich ideologisch-programmatisch hin zum modernen, neoliberalen Konservatismus. 1989 gewinnt die PAN den ersten Bundesstaat (Baja California). 2000 regiert die PAN in 6 der 32 Bundesstaaten, stellt 117 der 500 Abgeordneten des nationalen Parlaments und 31 der 128 Senatoren.

<sup>19</sup> Der Unternehmer Fox aus Guanajuato war 1988 vom damaligen PAN-Präsidentschaftskandidat Manuel Clouthier aus Jalisco in die PAN geholt worden. [Clouthier verlor später bei einem mysteriösen Autounfall sein Leben. Hartnäckige Gerüchte behaupten, er sei eines der vielen politischen Mordopfer des PRI-Systems gewesen. Die polizeiliche Untersuchung verlief jedoch - wie immer - ergebnislos.] Fox hatte schon einmal 1993 versucht der erste PAN-Präsident der Republik zu werden. Damals sorgte der PAN-Fraktionschef und spätere Präsidentschaftskandidat von 1994, Diego Fernández de Cevallos, für eine Verfassungsänderung, um eine formale Hürde für die Kandidatur von Fox aus den Weg zu räumen: der Art. 82 der mexikanischen Verfassung verlangt, daß ein Präsidentschaftskandidat "Mexikaner von Geburt und Kind von Mexikanern durch Geburt" sein müsse. Der Hüne aus Guanajuato (genannt: El Grandote) ist zwar gebürtiger Mexikaner, aber seine Mutter ist gebürtige Spanierin. 1995 wurde Fox zum ersten PAN-Gouverneur von Guanajuato gewählt. Offiziell begann er "seinen" Wahlkampf am 2.7.1998, überließ die Regierungsgeschäfte von Guanajuato seinem Stellvertreter und konzentrierte sich ganz auf das große Ziel.

Bürgermeisterwahlen<sup>20</sup> von 1997 in Mexiko-Stadt, bei denen der PRD ein spektakulärer Erfolg gelang. Die PANistas begannen zu verzagen. An diesem Tiefpunkt der Parteikonjunktur, im Juli 1997, begann der "Kandidat ohne Partei" seine eindeutigen Absichten öffentlich kundzutun. Ab diesem Zeitpunkt gründete Fox eine Unterstützerguppe für seine Kandidatur namens "Amigos de Fox", die vielen PANistas ein Dorn im Auge war. Sie sahen darin eine Parallelstruktur in Konkurrenz zur Partei, die der Institution ihre Autorität streitig machen könne (Proceso 12.9.99). Einige Befürworter der Fox-Kandidatur unterstützten die Gruppe "Amigos de Fox" ohne PAN-Mitglied zu sein. Daher die Angst der Parteimitglieder, daß Fox der Kontrolle der PAN entgleiten und zum "Kandidaten ohne Partei" werden könne. Andere sahen in der Gruppe schlicht eine Art politischer Joint-venture zwecks operationeller Konzentration von Finanzmitteln und Humankapital zur erfolgreichen Vermarktung des "Produktes Fox" auf dem politischen Markt. Oder als notwendiges Übel angesichts der ungleichen Wettbewerbsbedingungen im Wahlkampf zwischen der PRI, die immer noch den gesamten Staatsapparat für ihre (Wahlkampf-)Zwecke mobilisieren konnte und den Oppositionsparteien, denen dies versagt bleibt. Es wurde gewarnt vor dem Gespenst eines neuen "caudillismo". Viele ehemalige PANistas, denen die Partei zu eng geworden war, gehörten den Fox-Freunden an. Daher die Angst der parteitreuen PANistas vor der Spaltwirkung der Unterstützerguppe, wenn diese durch den Erfolg ihres Kandidaten an Einfluß gewinnen würde. Die Politologin Soledad Loaeza warnt vor dem möglichen Schaden für die Partei, die von einem rechten Populismus und der autoritären Ader eines Fox ausgehen könnten (Proceso 31.1.99), weil es den schwelenden Konflikt zwischen dem christlich-sozialem, institutionellen Flügel und dem liberalen, anti-etatistischem Flügel schüren könnte. Der ehemalige nationale PAN-Parteivorsitzende (1993-96), Castillo Perez, kritisiert die mangelnde institutionelle Einbindung von Fox und schätzte den Rechtspopulismus gefährlicher ein als sein linkes Pendant (Proceso 7.3.99), zumal er in der politischen Kultur Mexikos auf einigermaßen fruchtbaren Boden fallen könnte.

---

<sup>20</sup> Der Bürgermeister von Mexiko-Stadt war in der Vergangenheit stets von Staatspräsidenten ernannt worden. 1997 fand die erste Volkswahl zur Besetzung dieses Amtes statt.

### 10.3.5 Die PRD-Niederlage<sup>21</sup>

Am Anfang der PRD-Niederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2000 steht, so meine Hypothese, eine landesweite Welle der PRD-Wahlsiege ab 1997. Diese Wahlsiege waren möglich geworden durch eine strategische Entscheidung der nationalen Parteiführung die "Öffnung" der PRD mittels "externer Kandidaten" herbeizuführen. Kurzfristig war der Erfolg unübersehbar. Ein Municipio nach dem anderen fiel in die Hände der PRD, 1999 regierte die PRD in vier Bundesstaaten, darunter im politisch so gewichtigen *Distrito Federal* (Regierungsbezirk von Mexiko-Stadt). Diese unmittelbar erfolgsorientierte Methode maß dem Ansehen der Person, der politisch-ideologischen Herkunft und den machtpolitischen Absichten der "Neuen" keine Bedeutung zu. Mit dem Einzug der ehemaligen PRIistas in die PRD holte sich die Partei den Teufel ins Haus, den "PRIismo cultural". Der Absturz in die Tiefe begann für die PRD mit den parteiinternen Wahlen zur Erneuerung der nationalen Parteiführung am 14. März 1999, dessen "Unregelmäßigkeiten" - sprich: Wahlbetrug<sup>22</sup> - die Partei in einen Morast parteiinterner Flügelkämpfe zog, aus dem sie sich nicht mehr so recht befreien konnte<sup>23</sup>. Über Monate hinweg waren ihre Energien von den so ausgelösten Problemen absorbiert, was kaum Reserven für eine offensive Wahlkampagne übrig ließ. Erst im Juli 1999 fanden Neuwahlen statt, bei denen eine Vertreterin der Basis, Amalia García, sich behaupten konnte.

Der für die strategische Öffnungspolitik der PRD verantwortliche nationale Parteivorsitzende, Andrés Manuel López Obrador aus Tabasco, wurde damit zur tragischen Figur: *"Ich sah die Gefahr, daß wir von der politischen Bühne der nationalen Politik gänzlich verschwinden könnten. Damit wäre das politische Projekt von Carlos Salinas verwirklicht worden in Mexiko ein Zweiparteiensystem zu errichten,*

---

<sup>21</sup> Zur Erinnerung die kleine Parteigeschichte der PRD: gegründet 1989 von Dissidenten der PRI und verschiedenen linken Strömungen sozialistischer und kommunistischer Tradition. Ab 1997 breite kommunale Wahlerfolge; die PRD gewinnt die Wahlen in Mexiko-Stadt und Cuauhtémoc Cárdenas wird der erste für 3 Jahre gewählte Bürgermeister der Stadt. Nach 2 Jahren übergibt er die Regierungsgeschäfte seiner Generalsekretärin, Rosario Robles, um sich ab 1999 ganz dem Wahlkampf zu widmen. 2000 regiert die PRD in 4 der 32 Bundesstaaten (mit Ausnahme der Bürgermeisterin von Mexiko-Stadt sind die PRD-Gouverneure ehemalige PRIistas), stellt 122 der 500 Parlamentariern und 15 von 128 Senatoren.

<sup>22</sup> Proceso 28.3.99: "El PRD, al borde de una crisis institucional; irregularidades en 32% de las casillas en la elección nacional". Die Rede war von typischen Wahlanomalien, die aus den PRI-Zeiten nur allzu bekannt sind mit *acarreo* (Herbeischaffen von gekauftem Stimmvieh), Diebstahl von Urnen, Stimmzettelproduktion, "wandernde" Wahllokale, Verlängerung des Wählerregisters, u.ä.

<sup>23</sup> Noch im Februar 2000, vor den parteiinternen Wahlen, hatte der Politologe und Linksintellektuelle Enrique Semo auf die Gefahren hingewiesen, die dem PRD-Erfolg innewohnen: "In dem Maß wie die Möglichkeiten ... der PRD ... zunehmen, wächst auch die Notwendigkeit die Identität der Organisation zu definieren. Die PRD kann ein Raum für die Neugründung der alten PRI sein. Sie kann auch die Wiege einer modernen Linkspartei sein. Die erste Möglichkeit baut auf der überaus mächtigen Kraft der Trägheit, die zweite lebt ... im Mexiko des 21. Jahrhunderts." (Proceso 14.2.99)

*unter Ausschluß der PRD. Wir haben uns für eine erfolgreiche PRD bei den Wahlen entschieden, mit einer ansehnlichen Anzahl von nationalen Abgeordneten im Parlament und einer politischen Kraft, die der neoliberalen Regierungspolitik gegen das Volk Einhalt gebieten könnte und einen Beitrag dazu leisten sollte, die Repressionspolitik in Chiapas zu verhindern*” (Proceso 28.3.99). Daher setzte er auf schnelle Wahlerfolge mit “allen Mitteln” und vernachlässigte die interne Organisation der Partei. Diese Weichenstellung sollte sich mit einer institutionellen Krise für die Partei rächen. Der Schaden für die Partei war unübersehbar: Die Parteiführung zerstritten, das Parteivolk desorientiert und verbittert, in der Öffentlichkeit zum Gespött der Leute geworden. Das kulturelle Erbe der PRI ließ Zweifel an der Identität der PRD aufkommen, die sich als moderne, demokratische Linkspartei darzustellen versuchte. Sogar die moralische Autorität des “natürlichen” Präsidentschaftskandidaten Cárdenas als Hauptträger der Idee einer gemeinsamen Oppositionskandidatur mit der PAN war beschädigt.

Der Historiker Enrique Semo führt als wesentliche Hindernisse für die Modernisierung der PRD den Klientelismus an: “...in allen PRD-Gruppen ist ein großer Teil der Macht in den Händen der Führer von klientelistischen Gruppen konzentriert. Unter klientelistischen Gruppen verstehen wir eine persönliche Loyalitätsbeziehung die einen Chef an seine Anhänger bindet, die im bedingungslose Unterstützung gewähren, sei es in Form von Wahlstimmen oder politischer Mobilisierung innerhalb der Partei” (Proceso 14.2.99). Wo es starke Führer gibt, sind Basis und die Institutionen schwach. Die Macht wird feudalisiert, was im Widerspruch zur effizienten Organisation einer modernen Linkspartei steht. Für eine Partei, die mit, bei und für die Armen arbeitet - die stets unter großen materiellen Mängeln leiden -, entsteht hier ein schier unlösbares Problem, zumal die klientelistischen Beziehungsmuster tiefe Wurzeln in der politischen Kultur Mexikos haben. Wenn die PRD keine drastischen Maßnahmen gegen den *PRlismo cultural* ergreift, ist sie dazu verurteilt die Politik der PRI zu wiederholen. Aber die PRI gibt es schon und zwar schon lange, sie ist immer noch eine wichtige politische Kraft im Land. Und man kann sicher sein, daß die Mexikaner - sollten sie vor die Wahl gestellt werden - das Original der Kopie vorziehen.

Einige der (Konstruktions-)Fehler der Partei seien kurz ausgeführt:

- *zu viele Wahlen verderben die Demokratie*

Nahezu jedes wichtige Parteiamt wird mit allgemeinen, direkten und geheimen Wahlen bestellt. Hinzu kommen externe Wahlen, an denen die PRD im Wettbewerb mit anderen Parteien teilnimmt, was im Endeffekt dazu führt, daß die Partei sich ständig in irgendeinem Wahlkampf befindet. Ständige Wahlen verschleiß die partizipative Demokratie<sup>24</sup>.

- *zu viele Wahlberechtigte fördern den Klientelismus*

Laut Satzung darf jedes eingetragene Parteimitglied und jeder *Sympatisant* an den parteiinternen Wahlen teilnehmen. Hier kommt das große Gewicht der Chefs der klientelistischen Gruppen zum Tragen: wem es gelingt möglichst viele Wähler zu kontrollieren, der erwirbt sich damit eine große Verhandlungsbasis (Hausmacht). Die pure Wahldemokratie in einem Land mit der politischen Kultur Mexikos hat paradoxe Ergebnisse, denn sie ist Voraussetzung und Bedingung für das Aufblühen eines klientelistischen Paradieses. Dafür gibt es ganz pragmatische Gründe: Die Basis will und kann nicht immer und überall mitbestimmen. Die Versammlungen der Parteibasis fallen immer öfter wegen mangelnder Beteiligung aus, aber die jeweiligen Wahlen finden mit exakter Regelmäßigkeit statt und dies in sehr kurzen Abständen<sup>25</sup>.

- *Rechnung ohne den Wirt gemacht: der PRD läuft die Jugend davon*

Wie ich im Fall Sayula<sup>26</sup> nachweisen konnte, schöpft das Wachstumspotential der PRD aus der jungen Wahlbevölkerung<sup>27</sup>. Die Präferenz der jungen Wähler ist eindeutig: für ein modernes, demokratisches Mexiko und für den Rechtsstaat. Ihren Stimmenzuwachs in den 90er Jahren

---

<sup>24</sup> Der Historiker Enrique Semo meint gar: " Sie (die PRDistas, S.H.) sind naiv: sie verwechseln die Wahlen mit der Demokratie" (Proceso 11.4.99)

<sup>25</sup> Die Legislaturperiode der Stadtregierungen dauert 3 Jahre; die Mandate der Parteiämter werden im gleichen Rythmus erneuert.

<sup>26</sup> Die Jugend war in Sayula der aktivste Teil der Bevölkerung als es darum ging die "Sauberkeit" der Wahlen zu sichern. Landesweite Untersuchungen zur Jugendkultur bestätigen dies: auffällig ist die hohe Beteiligung der Jugend an der Organisation des Wahlprozesses. 57% der Wahllokalleiter waren jünger als 35 Jahre, auch die Wahlhelfer, Parteivertreter und Wahlbeobachter waren junge Leute. Die Wahlmaschinerie war in den Händen der jungen Leute.

<sup>27</sup> Bei den Legislativwahlen von 1997 gab es 19,8 Millionen Jungwähler (im Alter von 18-30 Jahren), sie repräsentierten 37,5 der Wahlbevölkerung.

verdankte die PRD zu einem ganz erheblichen Teil der Jugend<sup>28</sup>. Und die junge Wahlbevölkerung erträgt eines nicht mehr: Den *PRIismo cultural*, egal von welcher Partei er kommt. In dem Maße wie die jungen Wähler von der PRD enttäuscht sind, weil sie in ihr nur den “Wolf im Schafspelz”, also die alte PRI im neuen Gewand<sup>29</sup>, sehen können, laufen sie zu anderen Parteien über oder unterlassen das Wählen und untergraben damit die Legitimität des politischen Systems.

### 10.3.6 Und die PRI? <sup>30</sup>

Schon vor den Wahlen hatten Stimmen innerhalb der Partei vor einer möglichen Wahlniederlage bei den Präsidentschaftswahlen 2000 gewarnt, falls es der Partei nicht gelänge die autoritären Gewohnheiten aus den Zeiten der Hegemonie, insbesondere den *dedaza*, endlich abzulegen. Diese Erkenntnis hat innerhalb der PRI zur Gründung von verschiedenen demokratischen Strömungen<sup>31</sup> geführt. Als nach den Wahlen von 1997 eine Situation im Parlament entstand, in der keine der Parteien mehr die absolute Mehrheit hatte, wurde die Gruppe Galileo gegründet. Es ergab sich die Notwendigkeit, die Beziehungen der PRI-Abgeordneten zum Präsidenten neu zu definieren.

*“Mit Salinas hat die mexikanische Transition von oben durch die Regierung angefangen. Die PRI war fast 70 Jahre lang eine hegemonische Partei, aber heute muß sie unter praktisch gleichen Wettbewerbsbedingungen mit*

---

<sup>28</sup> Bei den Bürgermeisterwahlen von 1997 in Mexiko-Stadt stieg der Anteil der jungen PRD-Wähler von zuvor 15% auf 33%. Der Anteil der Jungwähler ist nur noch bei der Grünen Partei höher: die PVEM kommt auf einen Anteil von 45% (Proceso 18.4.99).

<sup>29</sup> Der nationale PAN-Parteivorsitzende von 1993-96, Carlos Castillo Peraza, kommentiert dies so: “*PRIistas und PRDistas sind die gleiche Milch: die ersten in der Version LICONSA und die zweiten in der Version Bety. Der einzige Unterschied ist die Dosis an Fäkalien.*” Zur Erklärung: die staatliche Milchzentrale LICONSA (Leche Industrializada CONASUPO, S.A.) wurde von den PRIistas für Abzweigung von klientelistischen (Wahl-)Geschenken in den städtischen Armutsvierteln benutzt. Die geschenkten Milchrationen waren von zweifelhafter Qualität, erstens wegen einer erhöhten Konzentration von Fäkalien, zweitens ab 1988 wegen der Vermischung mit rehydratisiertem, radioaktiv verseuchtem Milchpulver aus Tschernobyl, das von LICONSA auf dem Weltmarkt billig eingekauft worden war, um die sinkende einheimische Milchproduktion auszugleichen. Die PRD geriet in die Schlagzeilen mit “ihren” Milchrationen namens Bety, die nach dem gleichen klientelistischen Prinzip in Mexiko-Stadt verteilt worden waren.

<sup>30</sup> Zur Erinnerung die kleiner Parteigeschichte der PRI: gegründet 1929 regierte sie ohne größere Brüche bis weit in die 80er Jahre, stellte im 20. Jahrhundert 13 Präsidenten. Der Abwärtstrend bei den Wahlen begann Anfang der 80er Jahre: 1982 wurde Präsident Miguel de la Madrid mit knapp 70% der Stimmen gewählt, eine bis zu diesem Zeitpunkt einmalige Einbuße der Wählerstimmen (die Zustimmung bei vorangegangenen Präsidentschaftswahlen bewegte sich zwischen 98,2 (1934) und 87,8% (1976); 1988 wurde Carlos Salinas de Gortari laut offiziellen Zahlen mit knapp 50% der Stimmen gewählt; 1994 erhielt Ernesto Zedillo knapp 49% der Stimmen in einigermaßen sauberen Wahlen. Bei den Legislativwahlen von 1997 erzielte die PRI den geringsten Stimmenanteil (PRI 39%; PAN 26,6%; PRD 26%), blieb aber dennoch stärkste Minderheitsfraktion im nationalen Parlament. 2000 stellt die PRI 2/3 der Gouverneure, 210 von 500 Parlamentsabgeordneten (48%) und 73 der 128 Senatoren.

<sup>31</sup> Weitere sind die “Grupo Reflexión”, bestehend aus PRI-Parlamentariern und die “Corriente Renovadora”

*anderen Parteien um die Macht kämpfen. Dieser Prozeß war aufgezwungen, konfliktreich und überstürzt. Das Land hatte sich dem Weltmarkt geöffnet, es war die Berliner Mauer gefallen, die hegemonischen Ideologien waren an ihr Ende gekommen. Die Regierung erkannte diese Lage und zwang die Partei, sich in einen Prozeß des demokratischen Wettbewerbs zu begeben. Das Problem ist, daß wir PRIistas die alten geblieben sind. Die Umstände haben sich verändert, aber die PRI denkt wie in der Vergangenheit*“, erläutert ein PRI-Senator der Gruppe Galileo (Proceso 28.2.99).

Die PRI setzte im Wahlkampf betont auf innerparteilich Demokratisierung: Erstmals in der Parteigeschichte sollte ein Präsidentschaftskandidat nicht direkt durch den amtierenden Staatspräsidenten per *dedazo* bestimmt werden<sup>32</sup>, sondern im Verlaufe einer Wahl die *allen* Bürgern offen stand. Am 10. November 1999 machten sich etwa 10 Millionen Bürger auf den Weg zu den im ganzen Land aufgestellten Urnen, um den Präsidentschaftskandidat der PRI zu bestimmen. Etwa 61% der Stimmen fielen auf Francisco Labastida Ochoa, er gewann in 90% der 300 Wahldistrikte, was ihm ein Ausmaß an gesellschaftlicher Legitimation verlieh, wie es kein anderer Präsidentschaftskandidat der PRI vor ihm hatte. Dies erlaubte ihm, seinen Wahlkampf lange vor dem offiziellen Startschuß im Januar 2000 einzuläuten (Trejo Delarbre 2000: 11).

Die PRI hat gute Wahlergebnisse dort erzielen können, wo sie in den Bundesstaaten noch an der Regierung ist (Proceso 23.7.2000): *“In harten Zahlen ausgedrückt hat die Wahlstärke der PRI sich statistisch auf stabilem Niveau gehalten in denjenigen Staaten, wo sie noch an der Regierung ist, jedoch ist es ihr in den letzten Jahren nicht gelungen, ihren Stimmenanteil im Verhältnis zu den anderen Parteien und im Verhältnis zu einer ständig wachsenden Wahlbevölkerung zu steigern”*. In anderen Worten: Auch die PRI findet bei der jungen Wahlbevölkerung keinen Anklang mehr, zumindest solange sie den *PRlismos cultural* im eigenen Haus nicht ausgemerzt hat.

Die Herausforderungen für die PRI der Zukunft sind dreifach: 1) innerparteilich Demokratisierung (insbesondere durch Aufstellung von Regeln zur Wahl von Parteiämtern und Kandidaten); 2) neue Beziehungen der Partei zur Gesellschaft (Lösungen für die großen

---

<sup>32</sup> In Mexiko selbst glaubte kaum jemand ernsthaft an das Ende des präsidentiellen *dedazo*. Die nationale Presse (Proceso 23.5.99) machte sich sogar über die Blauäugigkeit der internationalen Presse (es wird allerdings nur die US-Presse zitiert) lustig, die der PRI die das Ammenmärchen von der “demokratischen Erneuerung” abkaufen.

nationalen Probleme, Abbau des Klientelismus); 3) neue Beziehungen der Partei zur nationalen Exekutive<sup>33</sup> (Autonomisierung der Partei).

### 10.3.7 Interpretation des Wahlergebnisses 2000

Aus den Umfragen der Meinungsforschungsinstitute zu den Wahlabsichten vor der Wahl einerseits und den späteren realen Wahlergebnissen andererseits lassen sich folgende Schlüsse über das Wahlverhalten der Mexikaner ziehen.

Ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung ist nach wie vor als PRI-Anhänger zu bezeichnen und möchte dies auch bleiben. Vor den Wahlen wurde die Zahl der abgegebenen Stimmen auf 40 Millionen geschätzt, was bei 57 Millionen wahlberechtigten Bürgern einer Wahlbeteiligung von 70% entsprochen hätte. Bei dem Versuch das Stammwählerpotential der drei größten Parteien einzuschätzen, kann man sich zum Teil auf die Umfrageergebnisse, vor allem aber auf den Vergleich dieser mit dem realen Endergebnis stützen: PRI 10 Millionen; PAN 7 Millionen; PRD 6 Millionen, zusammen rund 23 Millionen Stammwählerpotential der drei wichtigsten Parteien. Übrig bleiben 17 Millionen Wechselwähler, deren Präferenzen nicht von vorneherein festliegen. Von diesen 17 Millionen hatten laut Umfrage von März/April 2000 (Trejo Delarbre 2000: 14) ca. 9 Millionen sich schon festgelegt. Rechnet man diese Klientel zu dem Stammwählerpotential der drei Parteien hinzu, so waren der PRI schon vor den Juliwahlen etwa 13 Millionen Stimmen so gut wie sicher und der PAN ebenso viele. Die PRD hingegen kam nicht auf viel mehr als ihre etwa 6 Millionen Stammwähler. Es bleibt ein Potential von 8 Millionen Wählern übrig, die sich ca. 6 Wochen vor der Wahl noch nicht entschieden hatten. Wie wir nach der Wahl vom 2. Juli 2000 wissen, hat sich die Hälfte davon bis zum Schluß nicht entscheiden können und sich der Stimme enthalten. Damit war die Wahlbeteiligung auf 36 Millionen Stimmen oder 63% gesunken. Die andere Hälfte der Unentschlossenen hat sich in ihrer großen Mehrheit (ca. 3 Millionen) für die PAN bzw. Fox entschieden. Der kleinere Teil (ca. 1 Million) hat der PRI oder einem der übrigen Kandidaten<sup>34</sup> ihre Stimme gegeben.

---

<sup>33</sup> "Die PRI ist wie ein Kind, das seinen Papa nicht von der Hand lassen will. Wir haben nicht laufen gelernt", sagt ein Vertreter von "Grupo Reflexión" und Abgeordneter aus den Reihen der CNC.

<sup>34</sup> 1) Manuel Camacho Solís, noch 1994 einer der einflußreichsten PRI-Politiker, gründete die Partido Centro Democrático, PCD; 2) Porfirio Muñoz Ledo, der gemeinsam mit Cárdenas 1987 die PRI verließ, um die PRD zu gründen, trat als Kandidat der PARM (Partido Auténtico de la Revolución Mexicana) an. Eigentlich wollte er 2000 als Präsidentschaftskandidat der PRD antreten, als aber Cárdenas seine erneute Bewerbung ankündigte, kam es zum Bruch; 3) Gilberto Rincón Gallardo, der als führender Kopf der PRD angehörte bevor er sich mit Cárdenas überwarf und seine eigene Partei gründete, die Partido Democracia Social, PDS. Bei einem Fernsehduell am 25.4.2000 zwischen den 6 Präsidentschaftskandidaten hob sich Rincón

Tabelle 4: Präsidentenwahlen ab 1982

Jahr	Präsident	Partei (%)	Parlamentsabgeordnete (500)	Senatoren (128)	Wahlbeteiligung	Bemerkung
1982	de la Madrid	PRI 71 PAN 15,68			71%	
1988	Salinas	PRI 50,7 PAN 16,79 PRD 31,06 <sup>35</sup>	260 PRI 101 PAN 139 FDN	64 PRI	51,58%	Wahlbetrug
1994	Zedillo Ponce	PRI 50,3 PAN 27 PRD 17	300 PRI	95 PRI	77, 75%	saubere Wahlen
2000	Fox	PRI 37 PAN/PVEM 43 PRD 17	210 PRI 117 PAN 125 PRD	73 PRI 31 PAN 15 PRD	63%	saubere Wahlen <sup>36</sup>

Quelle: Eigene Zusammenstellung aus Raúl Trejo Delarbre, Die neue demokratische Ungewißheit in Mexiko, Ibero-Analysen, Heft 4, Berlin Juni 2000 und Proceso 23.7.2000; Alberto Aziz Nassif (1990: 62), Incertidumbre y democracia en México, No. 177, CIESAS, Guadalajara.

Bei den nationalen Legislativwahlen von **1997** (für Parlament und Kongreß) verliert die PRI erstmals die absolute Mehrheit im Parlament, bleibt aber stärkste Minderheitsfraktion. Zur Verabschiedung von Gesetzen muß sie zum ersten Mal auf Verhandlungen mit der Opposition eingehen, kontrolliert aber weiterhin den Senat. Die Wahlen sind sauber.

#### 10.4 Die regionale Ebene: Jalisco

Am 4. November 2000 wurde der nationale PT-Abgeordnete und Führer von El Barzón, Maximiano Barbosa, bei einer friedlichen Demonstration in Guadalajara von Polizisten zusammengeschlagen. Mit schweren Verletzungen wurde er in die Intensivstation eines Krankenhauses eingeliefert. Der Staatssekretär der PAN-Regierung setzte alle Hebel in Bewegung, um eine eventuelle Verantwortung der Regierung von PAN-Gouverneur Alberto

---

Gallardo wohlthuend von der allgemeinen Schlammschlacht der "Elefanten" hervor, er überzeugte die Zuschauer durch seine seriösen Vorschläge und aufrichtige Haltung.

<sup>35</sup> Die Angaben für 1988 beinhaltet die Stimmen für das Parteienbündnis (FDN), das die Kandidatur von Cuauthémoc Cárdenas unterstützten; die PRD wurde erst im 1989 gegründet.

<sup>36</sup> PRI-Kandidat Francisco Labastida Ochoa erhält 13,5 Millionen Stimmen; im Verhältnis zum Wahlkörper ist er der PRI-Kandidat mit dem geringsten Stimmenanteil und der erste, der verliert; die PRI ist stärkste Minderheitsfraktion im Parlament und kontrolliert den Senat.

Cárdenas abzuwehren und ging dabei so weit zu behaupten, daß das Opfer *“aus freiem Willen in der Intensivstation”* sei. Ein PAN-Abgeordneter fügte hinzu: *“Ich habe keinen Zweifel daran, daß die Barzonisten selbst ihn geprügelt haben, um aus ihm einen Märtyrer zu machen.”* (Proceso 7.11.2000)

Aber die PAN-Verteidigungsstrategie schlug fehl: Im Parlament verabschiedeten die Fraktionen von PRI, PRD und PT eine gemeinsame Stellungnahme, in der die Aggression verurteilt wurde und forderten eine Untersuchung der Vorfälle durch die Staatsanwaltschaft, damit die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen würden. Ganz im Stile der alten PRI stand die PAN auf wie ein Mann: PAN-Abgeordnete, PAN-Regierungsmitglieder und Mitglieder des PAN-Parteiorgans ließen sich mobilisieren, um der Opposition weißzumachen, daß das Opfer die Aggression provoziert habe und somit selbst schuld daran sei. Nach drei Stunden erhitzter Debatte im regionalen Parlament wurde die Verurteilung der Aggression mit 245 Ja-Stimmen (Opposition+ 2 PAN-Abgeordnete) gegen 85 Nein-Stimmen (PAN) angenommen. *“Und hieß es nicht, daß sie so demokratisch, so zivilisiert und so respektvoll seien!”*, spotteten die PRIistas.

### 10.5 Die lokale Ebene: Sayula

Am 12. November 2000 fanden Stadtratswahlen in Sayula statt, aus denen die PRI als siegreiche Partei hervorging. Der gewählte Bürgermeister ist ein Enkel des Generals Barragán, der 1968 das Massaker an den Studenten auf dem Platz von Tlatelolco in der Hauptstadt befehligte. Er gehört - hartnäckigen Gerüchten zufolge - einem einflußreichen Drogenkartell an. In dem erfolgreichen Stadtratsteam der PRI tauchen Namen auf, die viele Bürger Sayulas vor Entsetzen erstarren ließen: Juan López Aranda (1993-95 und 1998-2000) und Marcelino Torres Carrillo (1996-98), beide ehemalige Mitglieder der Ejidoleitung, die für den Landraub im Rahmen der Privatisierung via PROCEDE verantwortlich zeichnen.

Noch im Juli 2000 waren die PROCEDE-geschädigten Ejidatarios guten Mutes gewesen, da einige der anhängigen Prozesse vor dem Agrargericht in der Berufungsinstanz zu ihren Gunsten entschieden worden waren<sup>37</sup>.

Wie konnte es dazu kommen? Die Öffnungsstrategie der PRD hat der Partei in Sayula den Garaus gemacht. Drei Jahre an der Macht haben die Legitimität zerstört, die in 15 Jahren

---

<sup>37</sup> Die lokale Presse (Horizontes 23.7.2000) erwähnt den möglichen Einfluß von internationalem Druck auf diese Entwicklung und druckt die an Präsident Zedillo adressierte FIAN-Eilaktion eines französischen Mitglieds in voller Länge ab.

Basisarbeit mühsam aufgebaut worden war. Schon bei den Präsidentschaftswahlen im Juli 2000 hatte die PRD in Sayula eine katastrophale Wahlschlappe erlitten, die gleichsam eine Quittung für die lokale Amtsführung und eine Warnung der Wählerschaft mit Hinblick auf die kommenden Stadtratswahlen im November 2000 war. Es war das passiert, wovon viele gewarnt hatten: Der PRD-Bürgermeister (1998-2000), ein "Externer", machte sich im letzten Jahr seiner Amtszeit völlig von der Partei frei und wurde unkontrollierbar. Einem ehemaligen PRIista gelang ein *coup d'Etat* im Parteibüro der lokalen PRD. Er spielte die Parteiführung gegeneinander aus, während die PRD-Basis vor Entsetzen gelähmt war<sup>38</sup>. Als es um die Aufstellung des PRD-Wahlkampfteams ging, waren die Machtverhältnisse in der PRD schon so, daß die "Externen" sich durchsetzen konnten und dem lokalen Parteikomitee zwei Stadtratssitze anboten, während sie für sich selbst die restlichen 9 beanspruchten. In dem Versuch den Kontakt zur Basis wieder herzustellen, boten die "echten" PRDistas einem der führenden Köpfe der *inconformes*<sup>39</sup> aus dem Ejido einen aussichtsreichen Listenplatz für die Stadtratswahlen an. Aber es war schon zu spät: Es kam zur Spaltung der PRD<sup>40</sup>.

Die Untersuchung des Mordes an Raúl González Vázquez wurde vor Jahresfrist ergebnislos abgebrochen. Noch im Juli 2000 waren die drei Hauptverdächtigen aus der Ejidoleitung zum Polizeiverhör in der Nachbarstadt Ciudad Guzmán vorgeladen worden. Tage später tauchten sie krankenhausreif geschlagen wieder auf und konnten zwei Monate lang nicht laufen. Im September 2000 sagte der zuständige Polizeikommandant gegenüber der Witwe von Raúl González Vázquez aus, daß er die drei Männer für die Verantwortlichen des Mordes halte, aber aus Mangel an Beweisen nichts gegen sie ausrichten könne. Im November wurde er durch eine Kollegin ersetzt, die den Fall zu den Akten legte.

Der PAN ist es offensichtlich nicht gelungen aus dem Debakel der PRD politischen Profit zu ziehen. Wenn es stimmt, was die Leute in Sayula munkeln, daß das große "Narco-Geld" (Drogenmafia) die Wahlen entschieden hat, dann sieht Sayula düsteren Zeiten entgegen. Wer jung, gesund, lebenshungrig und demokratisch gesinnt ist, der wandert aus ...

---

<sup>38</sup> Es wurden alte PRI-Tricks angewandt: die Basismitglieder erhielten keine Einladung zu den Sitzungen, so daß die Beschlüsse von einer kleinen Gruppe um den neuen PRD-Boß gefaßt wurden. Bei den parteiinternen Wahlen bot der Kazique den ehrenamtlichen Wahllokalleitern Geld für ihre Dienste an.

<sup>39</sup> Die Widerstandsgruppe der PROCEDE-geschädigten Ejidatarios.

<sup>40</sup> Der PRD-Stadtrat (1998-2000) und langjährige Parteivorsitzende der PRD, Camilo González, lief zur PT über. Die PT ist als Satellitpartei der PRI bekannt, mit der das linke Wählerpotential absorbiert werden soll.

## 10.6 Versuch einer Bilanz

“Ist die mexikanische Transition beendet?” fragt Trejo Delarbre (2000: 20). Wenn man den Begriff Transition<sup>41</sup> auf Mexiko anwendet, so denkt man an die Etappe der Entwicklungen und Umbrüche des politischen Systems der letzten knapp 20 Jahre in Richtung Demokratie, die ich im Fall Sayula versucht habe im Detail nachzuzeichnen. Um auf die oben gestellte Frage eine Antwort geben zu können, müßte man sich zunächst auf eine Definition von der Demokratie verständigen. Beschränkt man die Definition auf Wahl- und Parteiendemokratie, so lautet die Antwort eindeutig ja. Diese Art der Demokratie ist erreicht und diese Art der Transition ist beendet. Es gibt Wahlgesetze und vertrauenswürdige Wahlinstitutionen. Die Wahlen sind im allgemeinen “sauber” und werden nach prozedural festgelegten, legalen Methoden organisiert und evaluiert. Falls es doch einmal zu Unregelmäßigkeiten kommt, so stehen den Betroffenen von nun an Wege und Instrumente zur Verfügung, um sich zu beschweren (Wahlgerichte)<sup>42</sup>. Die politischen Parteien haben im Laufe der 90er Jahre an Bedeutung gewonnen, sie bündeln gesellschaftliche Interessen und übernehmen die Regierungsverantwortung. Die politische Pluralisierung hat ihren Niederschlag in einem Mehrparteiensystem gefunden. Diese Entwicklung hat der PRI als Partei ihre hegemoniale Stellung gekostet. Allein durch die Besetzung von öffentlichen Ämtern mit Vertretern alternierender und konkurrierender Parteien wird ein breites System von *checks and balances*, das wohl auch schon vor dem Machtwechsel in den Exekutiven der verschiedenen staatlichen Ebenen de jure angelegt war, nun aktiviert. Als Beispiel wäre hier die erwähnte Neuordnung des Föderalismus via effektiver Durchsetzung von geschriebenem Gesetz zum Länderfinanzausgleich zu nennen<sup>43</sup>.

In der politischen Sphäre, wo darüber entschieden wird “who governs and how?”, hat der Glaube, die Hoffnung und der Wille eines Volkes Berge versetzt, hat die Mobilisierung der mexikanischen Zivilgesellschaft für Demokratie bewundernswerte Früchte getragen. Die

---

<sup>41</sup> Der Begriff wurde von O’Donnell/Schmitter (1986) in die akademische Diskussion eingeführt und bezog sich zunächst auf die redemokratisierten Militärdiktaturen Südamerikas (Argentinien). Seit Anfang der 90er Jahre ist damit auch der Übergang der ehemaligen sozialistischen Planwirtschaften zu demokratisch-kapitalistischen Marktwirtschaften in Mittel- und Osteuropa gemeint. Viele Beobachter und Analytiker der mexikanischen Entwicklungen haben dabei oft das historische Beispiel der spanischen Transition zur Demokratie vor Augen.

<sup>42</sup> Die Stadtratswahlen vom November 2000 in Sayula weisen auf ein Phänomen hin, das weltweit in Transitionsregimen zu beobachten ist: Die Vereinnahmung des ökonomischen und politischen Lebens durch die organisierte Kriminalität. Wo die Mafia die Kontrolle übernimmt, geht jede demokratische Errungenschaft vor die Hunde (z.B. Rußland).

<sup>43</sup> Für meine Fallstudie wäre hier die Funktionsweise von COPLADEREG (Kapitel 7.7.) zu nennen

weiterhin bestehenden “Schönheitsfehler” dürfen außenstehende Beobachter nicht dazu verleiten “*westliche Ideale von Demokratie, Staat, Gesellschaft, Ordnungspolitik, usw. mit der lateinamerikanischen bzw. mexikanischen Realität zu vergleichen*”, denn dies, so Mols (1996: 270), “... *gibt verzerrte Maßstäbe ab.*” Der großen Parteien innewohnende Trend zur Oligarchisierung und ihre Versuchung zu Mechanismen der Massenbeherrschung zu werden; die Probleme der Wahlkampf- und Parteienfinanzierung; die einseitige soziale Bindung politischer Parteien; die über Parteischieben laufende Versorgungsmentalität der Politiker; auch der als typisch lateinamerikanische bezeichnete “caudillismo” und der berühmte mexikanische “dedazo”; Korporatismus und klientelistische Netzwerke: All dies gibt es auch in den “vollkommenen” westlichen (Wohlstands-)Demokratien.

Wie schon erwähnt sind in jüngster Zeit Entwicklungen in Gang gekommen, das “Knäuel der Macht” zu entwirren: Die exzessive Konzentration der Macht in der nationalen Exekutive, einerseits zu Lasten der untergeordneten Exekutiven (Bundesstaat, Municipio) und andererseits zu Lasten der beiden anderen Staatsgewalten, kann nun weiter abgebaut werden. Insbesondere die Stärkung der Judikative öffnet institutionelle Wege für die Schaffung eines mexikanischen Rechtsstaats. Wie der ungelöste Mordfall in Sayula zeigt, liegt hier ein Feld brach, das Generationen von Mexikanern Lebenszeit, Lebensqualität und manchmal das Leben selbst kosten wird.

In der sozioökonomischen Sphäre, wo darüber entschieden wird “who gets what and why?”, da ist eine Demokratisierung in weiter Ferne. Den allermeisten Mexikanern werden soziale und ökonomische Rechte verweigert, die ökonomische Ungleichheit spaltet nach wie vor die Gesellschaft nach Kriterien von Rasse und Klasse. In diesem Bereich liegt allerdings die politische Verantwortung vielfach außerhalb der Grenzen des nationalen politischen Systems. Ganz und gar nicht anonyme Kräfte, Interessengruppen und Institutionen (z.B. internationale Finanzinstitutionen) treten auf der mexikanischen Bühne als anonymer “Sachzwang Weltmarkt” (Altvater 1987) auf, die eine größere soziale Gerechtigkeit leider unmöglich machen. La dette oblige!

Wenn nun die Methoden zur Bestellung des Regierungspersonals von einem breiten Konsens getragen werden und die Regierenden somit über die notwendige Legitimationsbasis verfügen, orientiert sich das Interesse der Wahlbürger um auf die Inhalte der Regierungspolitik (Kapitel 6.1.).

Ist das *sexenio* Zedillos in diesem Lichte betrachtet das letzte der PRI-Ära oder war es das dritte einer neuen Epoche, die 1982 mit der Weltmarktintegration begann? Wenn letzteres der Fall wäre, dann wäre die erste PAN-Regierung von Vicente Fox nicht das erste einer neuen, demokratischen Epoche, sondern lediglich die bruchlos weitergeführte, vierte der neoliberalen Ära. Es gibt keinen Zweifel, die Kontinuität der Wirtschaftspolitik unter dem neuen Präsidenten Fox ist gewährleistet. Deshalb kann man in Washington und andernorts völlig beruhigt sein. Im aktuellen mexikanischen Kontext war diese Stabilität der ökonomischen Ordnung nur durch den Bruch der politischen Ordnung aufrecht zu erhalten, weil die Legitimität des gesamten Systems auf dem Spiel stand. Die durch Wahldemokratie und Ansätze eines Rechtsstaats wiederhergestellte Legitimität schaffen einen größeren Freiraum für den Streit um die Wohlfahrtseffekte der Regierungspolitik. Es ist nicht unerheblich, wer in der politischen Sphäre wie an die Macht gekommen ist. Saubere Wahlen, legitimierte und rechenschaftspflichtige Regierende, Achtung der Menschenrechte, das Ende der *impunidad*, Dezentralisierung, Parteienkonkurrenz, kurz: die politische Demokratie ist die Bedingung der Möglichkeit der sozialen und ökonomischen Demokratie. Nicht mehr, aber auch nicht weniger.

Doch es gibt einen Haken bei der Sache. Wenn meine Hypothese zutrifft, daß die Erosion des PRI-Systems mit der neoliberalen Ära begonnen hat, dann wird jede beliebige andere politische Kraft das korrosive Zerstörungspotential dieser scheinbar ökonomischen Ordnung auch zu spüren bekommen, selbst wenn sie durch saubere Wahlen an die Macht gekommen ist. Wenn mit der hegemonialen PRI ein autoritäres Regime verbunden war und der Legitimitätsverlust für Partei und Regime zum Verhängnis wurde, was bedeutet es dann für eine demokratisch gewählte Partei und ein demokratisches System, wenn just diese neue politische Ordnung zum "Wahlspektakel" und zum "Politiktheater" verkommt, weil die konkreten Bedingungen des alltäglichen Lebens vor Ort auf dieser Bühne nicht mehr verhandelt werden und es keine gesellschaftlichen Optionen, ja nicht einmal mehr anderslautende Gedanken<sup>44</sup> gibt? Die Suche nach einer Antwort auf diese Frage hat Mexiko mit allen "gestandenen" Demokratien gemeinsam. In diesem Sinne: Herzlich willkommen im Club!

---

<sup>44</sup> Stichwort: *la pensée unique*, von Ignacio Ramonet (Le monde diplomatique) geprägter Begriff.